

Karsten D. Voigt

Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit

Stand 24. November 2008

**„Amerika nach der Wahl:
Wie verändert sich das Land und
Wie geht es weiter in den Transatlantischen Beziehungen?“**

I. DIE WAHL OBAMAS ALS AUFBRUCH AMERIKAS ZU NEUEN UFERN

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben die Amerikaner einen Nicht-Weißen zu ihrem Präsidenten gewählt. Zwar war Barack Obama im Wahlkampf betont nicht als „schwarzer Kandidat“ angetreten, sondern als **Kandidat, der die Rassenschranken überwindet** und allen Amerikanern einen Neubeginn verspricht. Doch die Wahl eines Afroamerikaners 143 Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei, 45 Jahre nach der „I Have a Dream“-Rede von Martin Luther King und vierzig Jahre nach dem Ende der diskriminierenden „Jim Crow“-Gesetze ist ein **Wendepunkt in der politischen Kultur der USA**. Selbst der Wahlverlierer John McCain sprach von einer „historischen Wahl“ und ihrer besonderen Bedeutung für das Land.

Die Amerikaner haben damit wieder einmal ihre beeindruckende Fähigkeit bewiesen, sich inmitten einer tiefen Wirtschafts- und Vertrauenskrise **neu zu erfinden** und nach der unpopulären Bush-Administration einen Neubeginn zu wagen. Amerika wandelt sich. Schon heute besteht es zu einem Drittel aus Nichtweißen: Schwarzen, Latinos und Asiaten. Schon in wenigen Jahrzehnten werden sie die Mehrheit bilden. Und Barack Obama ist das Gesicht dieses neuen Amerikas. Als Sohn eines kenianischen Vaters und einer Mutter aus dem amerikanischen Herzland, der an den Veränderungswillen aller Amerikaner appelliert, gilt er seinen Anhängern als **Repräsentant einer modernen, urbanen, ethnisch gemischten und toleranten Gesellschaft**, der Brücken über die Gräben zwischen Ethnien, Parteien und Gesellschaftsschichten bauen kann.

Mit dem Motto seines Wahlkampfes „**Change**“ traf Obama den Nerv von großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung, die sich nach acht Jahren Bush-Administration von der Politik in Washington einen grundlegenden Neuanfang erhoffen. Zugleich weckte er in der ganzen Welt Erwartungen auf eine veränderte amerikanische Außenpolitik. Zwar versuchte auch McCain das Motiv des Wandels für sich zu vereinnahmen. Doch er scheiterte damit ebenso wie es schon Hillary Clinton während des Vorwahlkampfes tat. Beide hatten den Wunsch der amerikanischen Wähler nach einem neuen Gesicht und neuen politischen Rezepten unterschätzt.

II. DIE WAHLERGEBNISSE IM EINZELNEN

Der Wahlsieg Obamas war am Ende deutlich. Er gewann mit **53 zu 46 Prozent der Wählerstimmen** und konnte damit aufgrund des Mehrheitswahlrechts in den einzelnen Bundesstaaten **365 zu 173 Wahlmännerstimmen** auf sich vereinen. **Nachwahlenanalysen** zeigen, dass Obama zwar bei ethnischen und religiösen Minderheiten und bei Erstwählern den stärksten Rückhalt hatte, doch zugleich konnte er die Wählerbasis der demokratischen Partei erheblich ausdehnen und auch unter Weißen, Wohlhabenden, häufigen Kirchgängern und der Bevölkerung in einigen strukturell konservativen Bundesstaaten deutlich mehr Stimmen gewinnen als John Kerry vor vier Jahren und Al Gore vor acht. Kurz, es gelang Obama, eine **neue Koalition** aus Minderheiten, progressiven Weißen, städtischer und suburbaner Bevölkerung sowie vor allem jungen Menschen aller Rassen und Bevölkerungsschichten zu schmieden.

Die nähere **Analyse** zeigt eine Reihe von interessanten Entwicklungen:

- **Ethnische Zugehörigkeit:**

Obama wurde von 95 Prozent der Afroamerikaner, 67 Prozent der Hispanics und 63 Prozent der asiatischstämmigen Amerikaner gewählt. Aber auch 43 Prozent der Weißen stimmten für ihn. Kerry konnte vor vier Jahren nur 41 Prozent der Weißen für sich überzeugen.

- **Zur Religionszugehörigkeit:**

53 Prozent der Katholiken stimmten für Obama (darunter sicherlich viele Hispanics). Kerry hatte – obwohl selbst katholisch – bei ihnen nur 47 Prozent

erzielen können.

Obama bekam zudem die Stimmen von 77 Prozent der jüdischen Wähler. Im Vorfeld der Wahl war noch spekuliert worden, dass die Juden diesmal aus Skepsis gegenüber den nahostpolitischen Vorstellungen Obamas republikanisch wählen würden. Dies war aber nicht der Fall. Ebenso wie bei den vorigen beiden Präsidentschaftswahlen, stimmt das Wahlergebnis unter den amerikanischen Juden also ziemlich genau mit dem Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung überein, die bei dieser Wahl Obama mit rund 80 Prozent bevorzugte.

Nichtreligiöse wählten Obama zu 75 Prozent; Amerikaner, die mehrmals pro Woche einen Gottesdienst besuchen immerhin noch zu 43 Prozent (Kerry hatte nur 35 Prozent dieser Wähler gewinnen können).

Protestanten wählten Obama zu 45 Prozent. Eine Mehrheit von 54 Prozent der Protestanten wählte McCain. Von den weißen evangelikal-protestantischen Wählern erhielt McCain sogar 73 Prozent der Stimmen, obwohl er keineswegs der Wunschkandidat dieser sozialkonservativen Gruppe war.

- Nicht überraschend ist, dass Obama erheblichen Zulauf unter den **Jung- und Erstwählern** hatte: Zwei Drittel der Wähler zwischen 18 und 29 stimmten für Obama. Knapp siebzig Prozent der Erstwähler (darunter viele Schwarze und Hispanics, die nie zuvor an Wahlen teilgenommen hatten) entschieden sich für ihn. Die Mobilisierung dieser beiden bislang vernachlässigten Gruppen durch die Obama-Campaign hat sich für die Demokraten also außerordentlich positiv ausgewirkt.
- Wahlsoziologisch ist ferner interessant, dass nicht nur **Großstädter** mehrheitlich (63 Prozent) für Obama stimmten, sondern mit knapperen Mehrheiten auch Bewohner kleinerer Städte (59 Prozent) und der Suburbs (50 Prozent). Lediglich die Bewohner **ländlicher Gebiete** stimmten mit einer Mehrheit von 53 zu 45 Prozent für McCain.
- Obama konnte in fast allen **Einkommensklassen** gewinnen. Lediglich bei der oberen Mittelschicht (Jahreseinkommen 100.000 – 150.000 \$) gab es eine knappe Mehrheit für McCain. Selbst die Reichsten mit einem Jahreseinkommen von über 200.000 \$ stimmten mehrheitlich (52 zu 46 Prozent) für Obama, obwohl dieser sie steuerlich zugunsten der Mittelklasse stärker besteuern will. Die

einkommenschwächste Bevölkerungsgruppe (bis 15.000 \$ Jahreseinkommen) wählte Obama mit einer Dreiviertelmehrheit.

- **Geschlechteraufteilung:**
65 Prozent der Frauen wählten Obama sowie 49 Prozent der Männer (48 Prozent McCain). Auch 84 Prozent der Unterstützer Hillary Clintons während der Vorwahlen stimmten für Obama.
- **Geographisch** hat sich die starre Aufteilung in blaue (demokratische) Küsten und rotes (republikanisches) Herzland aufgelockert. Obama gewann mit Virginia und North Carolina zwei klassische Südstaaten, zudem wichtige und von der Rezession besonders betroffene Swing Staaten wie Florida, Iowa, Ohio, Pennsylvania und Michigan sowie die früher republikanischen westlichen Staaten Colorado, New Mexiko und Nevada.

III. ENTWICKLUNGEN IM KONGRESS UND IN DEN PARTEIEN

Deutliche Zugewinne der Demokraten in beiden **Häusern des Kongresses** komplettierten ihren Triumph, auch wenn der von einigen erwartete Erdrutschsieg der Demokraten ausblieb. Im **Senat** kommen die Demokraten nun auf mindestens 58 Sitze (Zugewinn von 7). Nur in Minnesota müssen die Stimmzettel im Rennen um einen Senatsitz noch einmal ausgezählt werden. Die Demokraten haben also die Mehrheit von 60 Stimmen also nur knapp verfehlt, die es ihnen ermöglicht hätte, Abstimmungen über Gesetzesvorhaben zu erzwingen. Im **Repräsentantenhaus** konnten die Demokraten netto 20 Sitze von den Republikanern hinzugewinnen und kommen bislang auf eine Mehrheit von 256 zu 175. Einige Ergebnisse sind noch offen. Diese Ergebnisse bedeuten für Obama und die demokratischen Kongressabgeordneten ein deutliches Mandat zur Verwirklichung ihrer politischen Projekte, zwingen sie aber andererseits, zur Beschleunigung parlamentarischer Verfahren, die Zustimmung eines Teils der Republikaner zu suchen. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, hat bereits angedeutet, dass die Obama-Administration das Land „**von der Mitte her**“ **regieren** und keinen Linksruck anstreben wird.

Die benötigte überparteiliche Zusammenarbeit wird aber nicht einfach sein, zumal die geschrumpfte **republikanische Fraktion** in beiden Häusern des Kongresses in ihrer Zusammensetzung **konservativer geworden** ist als bisher. Einige moderate Republikaner

haben sich entweder aus dem Kongress zurückgezogen oder scheiterten an ihren demokratischen Kontrahenten. In Connecticut verloren die Republikaner mit Christopher Shays ihren letzten Abgeordnetensitz in einem liberalen Neuenglandstaat. Auch im Stadtgebiet New Yorks sind nun alle Abgeordnetensitze in demokratischer Hand. Schon seit den sechziger Jahren ist in der amerikanischen Innenpolitik und im Abstimmungsverhalten der Parteien im Kongress ein Prozess der **fortschreitenden Polarisierung** zu beobachten: keine gute Voraussetzung für eine überparteiliche Zusammenarbeit. Man wird sehen müssen, ob es Obama, der im Senat durch ein sehr liberales Profil aufgefallen ist, gelingen wird, Republikaner für gemeinsame Projekte zu engagieren. Es wird damit gerechnet, dass er den einen oder anderen moderaten Konservativen in sein Kabinett berufen wird.

In der **Republikanischen Partei** ist nach der Wahl ein Richtungsstreit über die Zukunft ausgebrochen, dessen Ende noch offen ist. Während die wertkonservativen, traditionellen Republikaner den Grund der Niederlage darin sehen, dass der Präsidentschaftskandidat „zu liberal“ und das Auftreten der Partei nicht traditionalistisch genug gewesen sei, suchen die gemäßigten Reformer die Schuld eher darin, dass die Partei sich von den gesellschaftlichen Entwicklungen des Landes abgekoppelt habe und sich zu sehr auf ihre weiße, ältere und ländliche Klientel konzentriert habe. Offen ist, welche Rolle die Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin oder der ebenfalls sozialkonservative Prediger Mike Huckabee in Zukunft spielen werden oder ob der Wirtschaftsflügel unter einem Politiker wie Mitt Romney sich durchsetzen kann. Ein Blick auf die geographische und demographische Verteilung der Wahlergebnisse zeigt jedenfalls das Dilemma der Republikaner. Allein mit der weißen, religiös geprägten Landbevölkerung in südlichen und mittelwestlichen Bundesstaaten sind auch in den USA keine Wahlen mehr zu gewinnen.

Andererseits bleiben die USA trotz des Wahlsieges Obamas und der Demokraten **strukturell ein wertkonservatives Land**. Dies haben verschiedene **Referenden**, die zusammen mit den Präsidentschafts- und Kongresswahlen durchgeführt wurden unter Beweis gestellt. Selbst in Kalifornien, das traditionell mit großer Mehrheit demokratisch wählt und eine sichere Bank für Obama war, hatte eine Volksbefragung zum Verbot der gerade erst eingeführten Homosexuellenehe Erfolg. Auch in Florida und Arizona fanden sich Mehrheiten für entsprechende Verfassungszusätze. In Arkansas war ein Referendum erfolgreich, das die Adoption von Kindern und die Pflegeelternschaft durch unverheiratete Paare ausschließt – auch dieses in erster Linie gegen Homosexuelle gerichtet. Dies ist dadurch zu erklären, dass viele **Hispanics und Schwarze**, die Obama unterstützen, durchaus **konservative**

Moralvorstellungen haben und bei diesen Themen oft mit konservativen Republikanern übereinstimmen.

IV. THEMEN UND BESONDERHEITEN DER WAHLEN 2008

Bei dem klaren Wahlsieg Barack Obamas und der Demokraten haben eine Reihe von Faktoren eine Rolle gespielt. Neben den schon erwähnten demographischen Veränderungen war dies zum einen die **Unpopularität von Präsident George W. Bush** (fast 70 Prozent der Amerikaner lehnten zum Zeitpunkt der Wahlen seine Amtsführung ab); zum anderen waren zuletzt knapp 90 Prozent der Amerikaner der Meinung, dass sich das Land allgemein auf dem falschen Weg befinde. Weitere Aspekte waren der Wunsch nach einem Ende des **Irakkrieges** und schließlich vor allem die dramatische **Zuspitzung der Immobilien- und Finanzkrise** und die einsetzende Rezession, welche die amerikanische Mittelklasse stark verunsichern.

So war die **wirtschaftliche Lage** für die große Mehrheit der Amerikaner (62 Prozent) **das zentrale Thema** der Wahl vom 4. November. Sie überlagerte alle anderen Themen und wurde von den Wählern als weit wichtiger eingeschätzt als die Situation im Irak und in Afghanistan. Dies wirkte sich **vorteilhaft für Obama aus, dem die Wähler laut Umfragen eine größere ökonomische Kompetenz** zutrauten als seinem Kontrahenten McCain. Nachwahlbefragungen zeigen, dass die um ihre wirtschaftliche Situation besorgten Wähler mit deutlicher Mehrheit für Obama stimmten. Auch die Zugewinne der Demokraten im Kongress dürften stark damit zusammenhängen, dass die Republikaner für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich gemacht werden. Zudem wird den Demokraten größere Kompetenz bei der Lösung **sozialer Probleme** zugetraut. Obama hat staatliche Offensiven in den Bereichen Bildung und Gesundheit angekündigt. Zur Zeit haben 47 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung. Im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit könnte sich diese Zahl noch erhöhen.

Viele Amerikaner sind **überschuldet**. Sie haben die Finanzierung ihrer Immobilien, die Ausbildung ihrer Kinder und ihren Konsum auf Kredite gestützt und dabei auf ewig steigende Werte ihrer Aktien und ihrer Häuser gesetzt. Vermögensillusionen aufgrund der Erwartung steigender Kurse sind eine der Ursachen **negative Sparquoten**, während die Deutschen 10-11 Prozent ihres Einkommens sparen. Eine Blase nach der anderen beginnt nun zu platzen. Die sozialen Verwerfungen dieser Entwicklungen sind momentan noch nicht abzusehen. Etwa 2,5 Mio. Amerikaner verloren in diesem Jahr ihren Job. Die **Arbeitslosigkeit** steht nun bei 6,5

Prozent. Das sind, da die Arbeitslosigkeit in den USA anders als bei uns erfasst wird, ähnlich hohe Prozentsätze wie in Deutschland. Sie sind aber aufgrund eines grobmaschigeren sozialen Netzes mit erheblich härteren sozialen Auswirkungen verbunden. Nach seiner Wahl kündigte Obama in einer Radioansprache an, einen Plan zur Schaffung bzw. zum Erhalt von 2,5 Millionen Arbeitsplätzen auszuarbeiten, der öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und alternative Energiequellen umfasst.

Auch der amerikanische Staat ist in den Jahren der Bush-Administration tief in die Schulden gerutscht. Im nächsten Jahr könnte ein **Staatsdefizit** von einer Billion Dollar erreicht werden (ca. 7,5% des GDP). Dies hängt von den Kosten des 700 Mrd.-Dollar-Rettungsprogramms für den Finanzsektor und der geplanten **Konjunkturprogramme** ab. Es ist zur Zeit noch unklar, auf welcher ökonomischen Basis der nächste Präsident sein Amt im nächsten Jahr antreten wird und welche seiner Wahlversprechen überhaupt noch finanziert werden können. Die Stabilisierung der Finanzinstitute könnte Mittel in etwa der Höhe erfordern, die der Irakkrieg seit 2003 gekostet hat. Auch wenn Amerika auf absehbare Zeit das wirtschaftliche, militärische und politisch stärkste Land der Welt bleiben wird (schließlich befinden sich auch alle anderen in der Krise), so **bröckelt derzeit doch das ökonomische Fundament der Vormachtstellung**, die Amerika im 20. Jahrhundert aufgebaut hat.

Angesichts dieser Schwierigkeiten und der allgemeinen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen konnte Obama mit dem **Mantra des „Change“** vor allem viele junge Menschen für sich mobilisieren. Mit einem Heer von Beratern und vor allem jugendlichen Freiwilligen führte Obama einen hochprofessionellen und disziplinierten Wahlkampf, der für die Zukunft Maßstäbe setzen wird. Obama-Aktivisten gingen im ganzen Land von Haus zu Haus, um Menschen zu erreichen, die noch nie an einer Wahl teilgenommen hatten. Über das **Internet** und damit verbundene Funktionen, wie E-Mails, Blogs, Video-Podcasts und soziale Netzwerkseiten mobilisierte die Obama-Campaign eine ungewöhnlich große Zahl von Wählern und insbesondere auch jungen Leuten. Monatlich besuchten zwei bis drei Millionen Menschen die Website Obamas.

Das Internet diente auch zur Einwerbung einer bisher unerreichten Höhe von **Spendengeldern**. Mehr als 780 Mio. Dollar an Spendengeldern hat Obama im Lauf des Wahlkampfes von seinen Anhängern gesammelt. Nie hatte ein Kandidat mehr zur Verfügung. Allein eine halbstündige Wahlwerbung ("Infomercial"), die kurz vor der Wahl zur besten Sendezeit auf allen US-Fernsehnetswerken ausgestrahlt wurde, soll 3 Mio. Dollar gekostet haben. Geld spielt also auch in diesem Wahlkampf eine überragende Rolle, aber die

Bedeutung von Großspendern und institutionellen Spendern ist zurückgegangen. Obama gelang es anders als früheren Wahlkämpfern, über seine Aktivisten und das Internet besonders viele Kleinspenden einzuwerben und damit mehr als doppelt so viel Geld zu sammeln wie John McCain. Daher verzichtete er – anders als McCain - auf staatliche Wahlkampffinanzierung, welche die Maximalausgaben eines Kandidaten im Hauptwahlkampf auf 84 Mio. US-D begrenzt.

V WIE GEHT ES WEITER IN DEN TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN?

Was bedeutet die Wahl Barack Obamas zum amerikanischen Präsidenten nun für Deutschland und für die Transatlantischen Beziehungen? Zunächst einmal wird es für mich und andere, die in Deutschland für enge transatlantische Zusammenarbeit werben, mit einem Präsidenten Obama nun leichter als bisher, denn wir tun dies mit dem großen Rückhalt der deutschen Bevölkerung. Je nach Umfrage hätten zwischen **70 und 80 Prozent der Deutschen Obama gewählt**. Unter den jungen Deutschen ist der Zuspruch für Obama sogar noch größer. Im vergangenen Juli strömten 200.000 Menschen zu Obamas Redeauftritt an der Berliner Siegessäule – Bilder, die an den Besuch Kennedys in Berlin 1963 erinnerten. Ein stärkerer Rückhalt für die transatlantischen Beziehungen ist wichtig, denn die USA sind und bleiben der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb der Europäischen Union.

Obama hat im Wahlkampfes betont, dass Amerika künftig nicht mehr nur Macht, sondern auch wieder **Vorbild und Idee** sein solle. Nach Irakkrieg, Abu Ghraib, Guantanamo und Finanzkrise soll Amerika seine moralische und politische Autorität wiedergewinnen. So will er die amerikanischen Truppen schrittweise aus dem Irak abziehen, das Gefangenenlager Guantanamo schließen und die internationalen Partner stärker als die Bush-Regierung in die Stabilisierung regionaler Konflikte und die Bewältigung globaler Probleme einbeziehen.

Wir erwarten, dass Obama **pragmatisch** an die anstehenden Themen herangehen wird. Viele politischen Ansätze der Bush-Administration stehen zur Zeit auf dem Prüfstand. Nicht alles wird verändert werden, aber die **Schwerpunktsetzung** Obamas und seiner Berater entspricht in vielen Punkten den Prioritäten der Europäer: Fortschritte beim Klimaschutz und der Entwicklung einer nachhaltigen Energiepolitik, Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte und der Weltwirtschaft, neue Initiativen in der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die Bewältigung von regionalen Krisen, vor allem im Nahen Osten.

Zudem hat Obama versprochen, der Diplomatie und dem multilateralen Handeln eine größere Chance zu geben, als dies die Bush Administration tat.

Dies stimmt uns hoffnungsvoll. Allerdings sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Amerika eine **Weltmacht** bleibt, und dass auch dem Multilateralismus eines Präsidenten Obama Grenzen gesetzt sein werden. Nie wird der **Multilateralismus** für Amerika die gleiche Rolle spielen wie für uns Deutsche. Amerikaner und Europäer vertreten in vielen Bereichen ähnliche Interessen und Sichtweisen. Aber wie jeder andere amerikanische Präsident, wird auch Obama dort, wo Europa und die USA sich unterscheiden, in erster Linie amerikanische, nicht europäische, Interessen und Sichtweisen vertreten und weiterhin die Führungsrolle für die USA in der Welt beanspruchen. Er hat im Wahlkampf deutlich gemacht, dass auch er das Militär einsetzen wird, nötigenfalls unilateral, wenn er wesentliche amerikanische Sicherheitsinteressen bedroht sieht. In Afghanistan plädiert er für eine deutliche Aufstockung der amerikanischen Truppen und eine stärkere personelle und finanzielle Beteiligung der internationalen Verbündeten. Zudem wird er einen demokratisch beherrschten Kongress an seiner Seite haben, der in Zeiten der Wirtschaftskrise protektionistische Tendenzen entwickelt.

Dennoch bietet die **Wahl Barack Obamas** zum amerikanischen Präsidenten enorme **Chancen, die transatlantischen Beziehungen zu stärken** und bei den für beide Seiten wichtigen Themen endlich Fortschritte zu erzielen:

Beispiel 1: Klimaschutz und die Energiepolitik: Obama hat die großen Wachstums- und Beschäftigungspotenziale einer modernen „Green Economy“ mit klimafreundlichen Technologien und nachhaltiger Energiegewinnung erkannt. Mit der Förderung erneuerbarer Energien will er zudem die Abhängigkeit von Ölexporten aus politisch problematischen Ländern verringern. Zudem will er die USA aktiv in die Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls einbringen. Auf der Ebene der US-Bundesstaaten gibt es bereits jetzt Gesetze zur Begrenzung von CO₂-Emissionen und regionale Klimaschutzbündnisse. Am 18. November hat Obama seine Klimaschutzziele in einer öffentlichen Videobotschaft bekräftigt. Nach seinem Willen soll Amerika seine Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduzieren und um weitere 80 Prozent bis 2050. Allerdings wird der Kongress gegenüber einseitigen nationalen Verpflichtungen zur CO₂-Begrenzung ohne Einbeziehung wichtiger Schwellenländer skeptisch bleiben und kein internationales Abkommen akzeptieren, solange er noch keine nationale Regelung getroffen hat. Wir sollten also nicht erwarten, dass Obama hier sehr schnell vorpreschen kann.

Beispiel 2: Internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik: Obama hat sich offener als bisherige amerikanischen Regierungen zu verstärkter Transparenz und zur Schaffung eines neuen globalen Finanzsystems geäußert, das größere Stabilität garantiert und aufstrebenden Schwellenländern einen angemessenen Anteil an der gemeinsamen Verantwortung zubilligt. Die Zuspitzung der gegenwärtigen Finanzkrise birgt neben großen Risiken auch eine Chance. Noch nie war die Bereitschaft auch in den USA und Großbritannien, mit den Partnern zu gemeinsamen internationalen Spielregeln zu kommen größer als jetzt. Zudem wünschen wir uns einen Ausbau der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft, die bereits heute Millionen Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks sichert. Die EU und die USA sollten die im Frühjahr 2007 beschlossene Vertiefung dieser Zusammenarbeit im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrats verstärken und Streitigkeiten über Details, wie das Importverbot von chlorbehandeltem Geflügelfleisch durch die EU, baldmöglichst beilegen.

Beispiel 3: Abrüstung und Rüstungskontrolle: Dies ist seit langem ein zentrales Anliegen der Europäer. Obama hat sich zu dem Ziel einer deutlichen Verringerung der Kernwaffenarsenale und langfristig sogar zum grundsätzlichen Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung bekannt. Damit soll auch die Glaubwürdigkeit der Nichtverbreitungspolitik der USA wiedergewonnen werden. Deutschland wird diese Ziele unterstützen. Man darf gespannt auf die Position der neuen Administration zum geplanten US-Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien sein. Dies war eines der Schwerpunktprojekte der Bush-Regierung, das jedoch heftige Proteste in Russland auslöste. Präsident Medwedew kündigte im Gegenzug die Stationierung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad an. Ein neues Wettrüsten in Europa wäre eine schlechte Entwicklung für uns. Russland hat angedeutet, dass es seine Drohung zurücknehmen würde, wenn auch die USA ihre Pläne einstellen sollten. Wir hoffen auf konstruktive Verhandlungen zwischen der neuen US-Regierung und ihren europäischen Partnern unter Einbeziehung Russlands.

Beispiel 4: Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen: Verschiedentliche Äußerungen Obamas und aus seinem Umfeld verraten eine erfrischend undogmatische Herangehensweise an eine Reihe regionaler Konflikte, die uns seit langer Zeit beschäftigen. Nicht nur hat Obama angedeutet, dass seine Administration direkte Gespräche mit Staaten wie Iran und Syrien führen wird, um Verhandlungsspielräume auszuloten. Er ließ auch durchblicken, dass er sich realistischere Ziele setzen will, als dies unter Bush der Fall war. So sieht man beispielsweise, dass in Afghanistan Fortschritte bei der Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht zu einer Art Westminster-Demokratie führen werden, sondern – wenn wir erfolgreich sind, zu einem möglichst stabilen Land, das

Terrorismus und islamischen Extremismus bekämpft und keine Bedrohung mehr für den Westen darstellt. Dazu soll eine neue regionale Strategie entwickelt werden, welche die benachbarten Schlüsselstaaten Pakistan und sogar Iran mit einbezieht. Zudem, so heißt es im Beraterumfeld Obamas, stehe man dem aufkeimenden Dialog der afghanischen Regierung mit eventuell verhandlungsbereiten Teilen der Taliban aufgeschlossen gegenüber. Dies sind alles unterstützenswerte Ansätze, die sich mit unseren Ideen decken.

Für neue weltweite Abrüstungsinitiativen, Klimaschutzvereinbarungen, Lösungsansätze für Regionalkonflikte und die Sicherung der Energieversorgung muss freilich auch **Russland** gewonnen werden. Die Einstellung gegenüber Russland ist nicht nur bei den Republikanern, sondern auch in Teilen der demokratischen Partei und des Kongresses sehr negativ. Obama hat sich bislang zu diesem Thema, auch während des Georgienkrieges im August, zurückhaltend geäußert. Wir hoffen auf eine künftige amerikanische Politik, die gegenüber Russland bei aller Deutlichkeit der Kritik an dortigen Entwicklungen nach möglichst viel partnerschaftlicher Zusammenarbeit strebt und es bei der Lösung drängender internationaler Probleme einbeziehen und nicht ausgrenzen will.

Die globalen Herausforderungen, die auf Europa zukommen, lassen sich ohne Mitwirken der USA nicht bewältigen. Aber **auch ein so mächtiges Land wie die USA benötigt Partner**, um Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zu finden. Dies haben die letzten Jahre gezeigt. In Deutschland und der EU finden die USA bewährte Verbündete, deren Interessen und Werte denen der USA am ehesten entsprechen. Barack Obama hat wiederholt die Bereitschaft zur engen Kooperation mit uns und anderen Partnern geäußert. Wir sollten ihn beim Wort nehmen und unsere engagierte Mitgestaltung auf allen relevanten Feldern der internationalen Politik anbieten. Dabei werden auch Unterschiede in den Meinungen und außenpolitischen Ansätzen zwischen Europa und den USA bestehen bleiben. Amerikaner und Europäer sollten lernen, mit solchen **Differenzen** gelassen umzugehen und aus Widersprüchen gemeinsame, konstruktive Lösungen zu entwickeln.